

Mario Holzner

Aufwärtstendenz im Westen der MOSOEL

Aufwärtstendenz im Westen der MOSOEL

In den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern (MOSOEL) klafft der Ausblick für das Wirtschaftswachstum weiterhin auseinander: In den meisten der neuen EU-Mitgliedsländer wird sich das BIP-Wachstum nicht wie erwartet erst 2016, sondern schon ab 2015 langsam beschleunigen (2015 +3%). Wesentlicher Faktor ist die bessere Entwicklung im Euro-Raum. Auch in der Westbalkanregion sind die Wachstumsaussichten im gesamten Prognosezeitraum 2015/2017 günstiger. In Weißrussland, Kasachstan, Russland und der Ukraine entwickelt sich die Wirtschaft 2015 zum Teil noch schlechter als bisher erwartet. Für diese Länder ist die mittelfristige Prognose auch mit substantiellen Risiken behaftet.

Western CESEE in the Ascendant

The outlook for GDP growth in the Central, East and Southeast Europe (CESEE) region is further diverging: we expect a gradual acceleration of GDP growth for most new EU member countries starting this year. For 2015 growth is expected to increase to 3 percent on average. The recovery comes a year earlier than expected mainly based on favourable developments in the euro area. In the Western Balkans growth prospects will also improve over the whole forecast period 2015-2017, though a bit less dynamically. However, 2015 growth performance in Belarus, Kazakhstan, Russia and Ukraine will be dismal and partly worse than expected; the medium-term outlook in these countries is also fairly uncertain with considerable downward risks.

Kontakt:

Mario Holzner: wiiw, 1060 Wien, Rahlgasse 3, holzner@wiiw.ac.at

JEL-Codes: E20, F34, G01, O52, O57, P24, P27, P33, P52 • **Keywords:** Makroökonomische Analyse, Internationaler Handel, Wettbewerbsfähigkeit, Konsum, Investitionen, Sparen, Internationale Finanzkrise

Der vorliegende Bericht wurde vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt.

Begutachtung: Hermine Vidovic, Peter Havlik, Sándor Richter, Robert Stehrer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Alexandra Bykova, Simona Jokubauskaite, Beate Muck, Renate Prasch, Monika Schwarzhappel

1. Internationales Umfeld: Weltwirtschaft erholt sich durch verhaltenen Aufschwung in den USA und im Euro-Raum

Die Weltwirtschaft befindet sich schon seit mehreren Jahren in einer Erholungsphase. Das Wachstum verstärkt sich aber nur sehr langsam und betrug zuletzt knapp über 2,5% (laut Juni-Prognose der Weltbank). Es dürfte sich in den kommenden Jahren auf etwa 3% beschleunigen. Die Weltbank revidierte allerdings ihre Prognose für das Weltwirtschaftswachstum für 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,8% nach unten. Überdurchschnittlich wurde die BIP-Prognose für die Entwicklungsländer gesenkt (-0,4 Prozentpunkte auf +4,4%). Gründe dafür sind das erwartete baldige Anziehen des internationalen Zinsniveaus, ausgelöst durch einen Politikwechsel der Notenbank der USA, sowie die anhaltende Schwäche des Erdölpreises und anderer wichtiger Rohstoffpreise, welche für die Entwicklungsländer von großer wirtschaftlicher Bedeutung sind.

Großen Anteil an der Beschleunigung des Weltwirtschaftswachstums in den nächsten Jahren hat die deutliche Verbesserung in den USA und in Japan sowie insbesondere im Euro-Raum. Die Europäische Kommission erhöhte ihre BIP-Prognose für den Euro-Raum 2015 im Mai um 0,2 Prozentpunkte auf +1,5%. Das Wachstum wird sich demnach gegenüber 2014 um 0,6 Prozentpunkte verstärken. 2016 wird ein realer Anstieg des BIP von 1,9% erwartet. Zum einen setzt sich der Aufschwung nach einer langen Rezessionsphase fort, und zum anderen wird die Erholung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage von günstigen Rahmenbedingungen begleitet.

Der Euro-Raum als Rohstoffimporteur profitiert weiterhin von den niedrigen Rohölpreisen. Eine potentielle Rückkehr des Iran auf die internationalen Erdölmärkte nach einem Abschluss der Atom-Verhandlungen mit den Weltmächten könnte den Rohöl-

preis noch weiter drücken. Die quantitative Lockerung der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank sollte ebenfalls unterstützend wirken. Noch wichtiger erscheint aber die erwartete fiskalische Lockerung im Euro-Raum. Im Durchschnitt sollte nach Einschätzung der Europäischen Kommission das strukturelle Budgetdefizit des Gesamtstaates bis 2016 auf über 1% des BIP steigen (und der Überschuss in Deutschland unter 1% gedrückt werden). Dies sollte auch dem zuletzt schwachen Wirtschaftswachstum in Österreich Auftrieb verleihen (WIFO-Prognose: BIP real 2015 +0,5%, 2016 +1,3%)¹⁾.

Bestätigt wird die Verbesserung des Umfeldes durch die saisonbereinigten BIP-Daten von Eurostat zum I. Quartal 2015. Erstmals seit dem III. Quartal 2007 dürften alle EU-Länder ein Wirtschaftswachstum erzielt haben, und zumeist war auch der Vorjahresabstand positiv. Am stärksten wuchs die Wirtschaft in sechs neuen EU-Ländern: Tschechien, Rumänien, Polen, Ungarn, Slowenien und Slowakei (+3% bis +4%). Bulgarien und die baltischen Länder verzeichneten eine Zunahme des BIP um 1,5% bis 2%. In Kroatien entsprach die Wachstumsrate mit 0,1% jener in Österreich und Italien. Deutschlands Wirtschaft wuchs mit +1% parallel mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

Übersicht 1: Prognose für 2015 bis 2017

	Bruttoinlandsprodukt, real				Arbeitslosenquote ¹⁾				Leistungsbilanzsaldo ²⁾			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				In %				In % des BIP			
11 neue EU-Länder ³⁾	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,6	- 1,0
Bulgarien	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 11,4	+ 10,5	+ 9,5	+ 9,0	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,0
Tschechien	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 6,1	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,3	+ 0,6	- 1,0	- 1,2	- 1,5
Estland	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,2	+ 7,4	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,5	- 0,1	- 0,4	- 1,8	- 2,3
Kroatien	- 0,4	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 17,3	+ 17,5	+ 16,5	+ 16,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,0
Lettland	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 10,8	+ 9,8	+ 9,2	+ 8,8	- 3,1	- 0,8	- 1,2	- 1,8
Ungarn	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,8	+ 6,7	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,0
Litauen	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,5	+ 9,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,9	- 1,0
Polen	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,2	+ 9,0	+ 8,5	+ 8,0	+ 7,8	- 1,4	- 1,8	- 2,2	- 2,8
Rumänien	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 6,8	+ 6,7	+ 6,6	+ 6,5	- 0,4	- 0,6	- 0,8	- 1,0
Slowenien	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 9,7	+ 9,0	+ 8,5	+ 8,0	+ 5,8	+ 5,3	+ 5,0	+ 4,5
Slowakei	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,4	+ 13,2	+ 11,9	+ 11,0	+ 10,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Euro-Raum ²⁾	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,9	.	+ 11,6	+ 11,0	+ 10,5	.	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,4	.
EU 28 ²⁾ ³⁾	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	.	+ 10,2	+ 9,6	+ 9,1	.	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	.
EU-Beitrittskandidatenländer												
Albanien	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 17,5	+ 17,5	+ 17,5	+ 17,5	- 13,0	- 13,6	- 13,7	- 13,7
Montenegro	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 18,0	+ 18,0	+ 18,0	+ 18,0	- 15,2	- 15,0	- 15,0	- 15,0
Mazedonien	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 28,0	+ 27,0	+ 27,0	+ 26,0	- 1,3	- 4,0	- 4,0	- 4,0
Serbien	- 1,8	- 0,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 18,9	+ 17,0	+ 17,0	+ 17,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0
Türkei	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 9,9	+ 10,5	+ 10,0	+ 9,5	- 5,8	- 5,5	- 5,2	- 5,2
Potentielle EU-Beitrittskandidatenländer												
Bosnien-Herzegowina	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 27,5	+ 26,8	+ 26,5	+ 25,4	- 7,6	- 8,0	- 8,0	- 8,0
Kosovo	+ 0,9	+ 4,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 30,0	+ 29,0	+ 29,0	+ 28,0	- 7,9	- 8,0	- 9,0	- 9,0
Weißrussland ⁴⁾	+ 1,6	- 3,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	- 6,7	- 3,5	- 3,0	- 3,0
Kasachstan	+ 4,3	+ 2,0	+ 3,5	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 2,1	- 3,2	- 1,1	+ 0,8
Russland ⁵⁾	+ 0,6	- 3,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 5,2	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 1,8	+ 1,8
Ukraine ⁶⁾	- 6,8	- 10,5	+ 0,0	+ 1,8	+ 9,3	+ 11,5	+ 12,0	+ 12,0	- 4,0	- 1,3	- 0,6	- 0,6

Q: wiw (Juli 2015), Eurostat. Prognosen: wiw und Europäische Kommission für EU und Euro-Raum (Spring Report, Mai 2015). – ¹⁾ Gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt. – ²⁾ Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – ³⁾ wiw-Schätzung. – ⁴⁾ Registrierte Arbeitslosenquote. – ⁵⁾ Einschließlich Föderationskreis Krim. – ⁶⁾ Ohne die besetzten Gebiete Krim und Sewastopol.

Ein gewisses Risiko für den fragilen Aufschwung bildet die Entwicklung in Griechenland. Bei Redaktionsschluss war der Ausgang der Verhandlungen mit den internationalen Geldgebern noch ungewiss. Auch die möglichen Auswirkungen eines potentiellen Staatsbankrotts sind unklar. Vermutlich wäre mit einer größeren Volatilität des

¹⁾ Schiman, St., "Steuerentlastung stärkt, Gegenfinanzierung dämpft die Konjunktur. Prognose für 2015 und 2016", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(7), S. 539-550, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58249>.

Euro-Wechselkurs zu rechnen, und griechische Tochterbanken im Ausland könnten in Schwierigkeiten geraten. Dies könnte insbesondere einige Balkanländer vor Probleme stellen, für die Griechenland teilweise auch noch ein wichtiger Handelspartner ist. Grundannahme des vorliegenden Berichtes ist allerdings eine einvernehmliche Einigung in der griechischen Schuldenkrise. Die auf der folgenden Analyse aufbauende Prognose für die wichtigsten Wirtschaftskennzahlen der MOSOEL in der Periode 2015 bis 2017 fasst Übersicht 1 zusammen.

2. Exportwachstum vor allem in MOSOEL mit Einbindung in internationale Produktionsnetzwerke

Vom Aufschwung im Euro-Raum profitiert insbesondere der Außenhandel jener MOSOEL, deren Unternehmen in internationale Produktionsnetzwerke eingebunden sind. Das sind vor allem die neuen EU-Länder in Mitteleuropa sowie einige Länder in Südosteuropa: Bulgarien, Rumänien, Mazedonien und die Türkei. In den meisten Westbalkanländern entwickeln sich die Warenexporte sehr volatil ohne erkennbaren Trend (Abbildung 1); in diesen Ländern sind in der Regel nur wenige Unternehmen in den international verflochtenen Bereichen Autoindustrie oder chemische Industrie tätig. In jenen osteuropäischen Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), deren Wirtschaft von der Entwicklung der Rohölpreise abhängig ist, verläuft der Exporttrend schon seit geraumer Zeit negativ. Neben dem Verfall des Erdölpreises hat dies auch mit dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu tun.

Abbildung 1: Warenexport

Nominell, auf Euro-Basis, gleitender Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen das Vorjahr in %

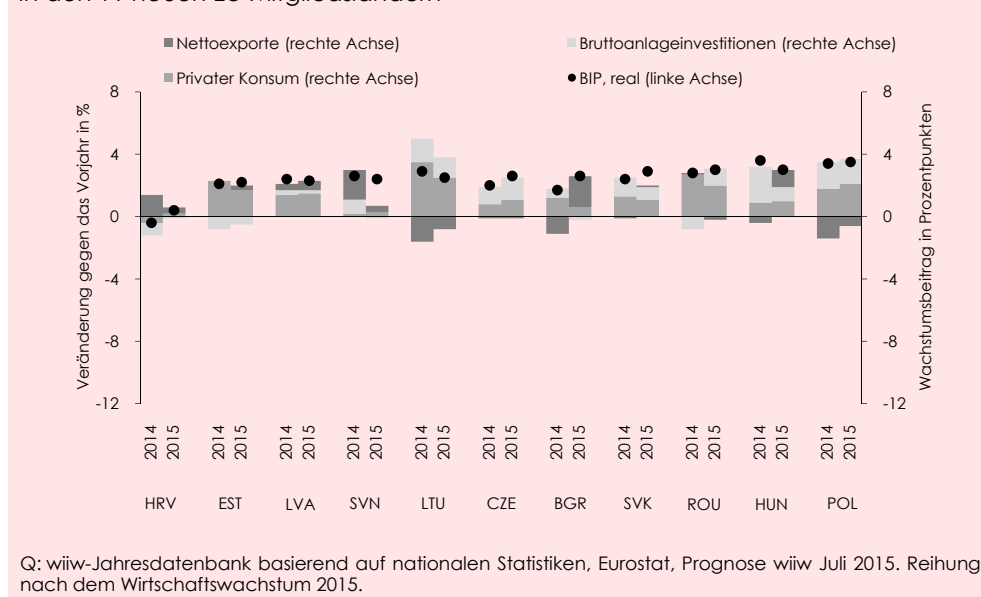


Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat.

3. Wachstumsbeschleunigung in den neuen EU-Ländern 2015 von Exportnachfrage getragen

Für die elf neuen EU-Länder prognostiziert das wiw aufgrund der Konjunkturbelebung im Euro-Raum und insbesondere in Deutschland als wichtigstem Außenhandelspartner überwiegend eine Verbesserung des Außenhandelsaldos (Abbildung 2), der eine wichtige Rolle unter den Nachfragekomponenten des BIP-Wachstums spielt. Der private Konsum entwickelt sich 2015 regional uneinheitlich. Für die Bruttoanlageinvestitionen wird in den meisten Ländern ein Rückgang erwartet. Ausschlaggebend dafür dürften das Ende der Auszahlungsperiode 2014/15 des mehrjährigen EU-Finanzrahmens für die Jahre 2007/2013 und das erst langsame Anlaufen der Zahlungen aus dem Finanzrahmen 2014/2020 sein.

Abbildung 2: Wirtschaftswachstum und Beitrag einzelner Nachfragekomponenten in den 11 neuen EU-Mitgliedsländern



4. Rückgang der EU-geförderten Investitionen in den neuen EU-Ländern

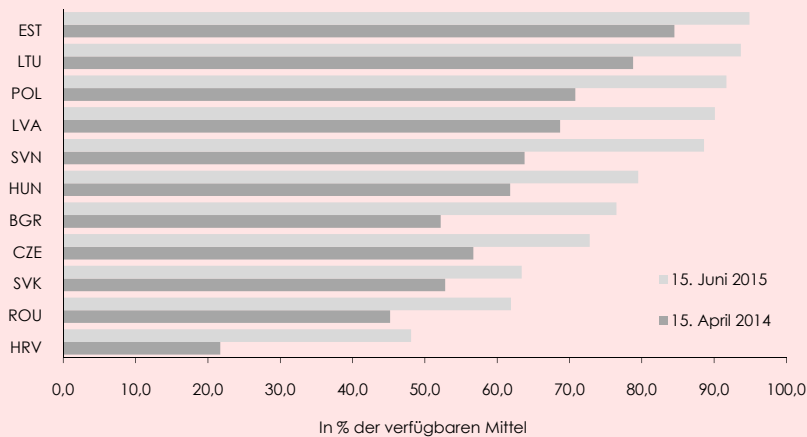
Im Durchschnitt der Jahre 2011/2013 lieferten die Nettozuflüsse aus dem EU-Haushalt mit rund 1% bis 4% des BIP für die neuen EU-Länder bedeutende Impulse. Bis Mitte 2015 wurden in der Mehrzahl der neuen EU-Länder zwischen 80% und 95% der im mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007/2013 zugewiesenen Förderungen in Anspruch genommen (Abbildung 3). Nur wenige Länder weisen eine Auszahlungsquote von unter 70% auf, Rumänien schöpfte nur rund 62% der Mittel aus. Kroatien nutzte bisher erst knapp 48% der zugewiesenen Kohäsionsmittel, hat aber aufgrund des späten Beitritts (Juli 2013) mit 2016 ein zusätzliches Auszahlungsjahr zur Verfügung, die von der EU geförderten Investitionen sollten daher 2015 noch steigen. Jene Länder, deren Absorptionsquote seit April 2014 um mehr als 20 Prozentpunkte stieg (Bulgarien, Slowenien, Lettland und Polen) werden 2015 einen geringeren Beitrag der Investitionen zum BIP aufweisen. Dasselbe gilt für Litauen, die Slowakei und Ungarn.

5. Wachstum verstärkt sich in den Beitrittskandidatenländern 2015 auf breiter Basis

Die wichtigsten Wachstumskomponenten werden sich in den meisten potentiellen und tatsächlichen EU-Beitrittskandidatenländern in Südosteuropa 2015 verbessern (privater Konsum, Bruttoanlageinvestitionen, Außenhandelsaldo; Abbildung 4). Nur im Kosovo wird der private Konsum als Folge der Anhebung der Gehälter im öffentlichen Dienst im Zuge der Parlamentswahlen 2014 und der hohen Zuflüsse von Gastarbeiterüberweisungen kräftig wachsen; hier wird mit über +4% 2015 (ausgehend

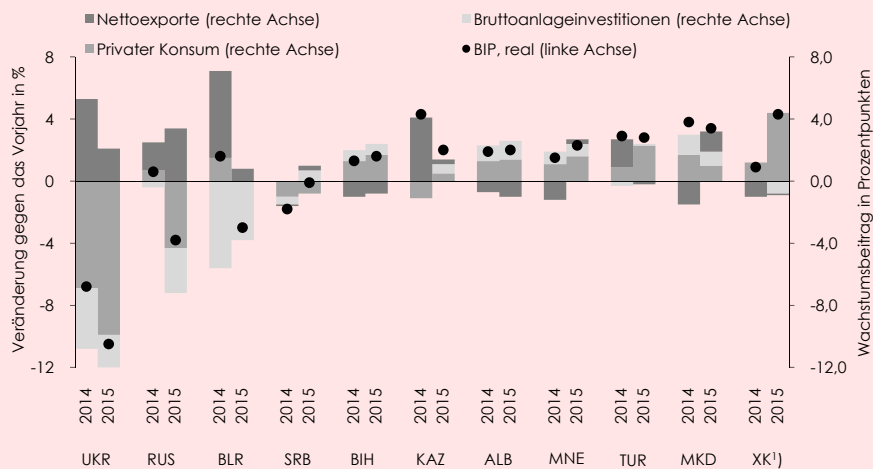
von sehr niedrigem Niveau) das höchste Wirtschaftswachstum aller MOSOEL erwartet. Die serbische Wirtschaft wird sich aufgrund der mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten fiskalischen Austeritätsmaßnahmen auch 2015 nicht aus der Rezession lösen.

Abbildung 3: Zahlungsquote der EU-Kohäsionspolitik für die 11 neuen EU-Mitgliedsländer



Q: Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/funding/index_en.cfm). Wert aller Zahlungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Kohäsionsfonds und des Europäischen Sozialfonds.

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum und Beitrag einzelner Nachfragekomponenten in Ost- und Südosteuropa



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken, Eurostat, Prognose wiw Juli 2015. Reihung nach dem Wirtschaftswachstum 2015. –¹) XK . . . Kosovo (Resolution 1244/99 des UNO-Sicherheitsrates).

6. GUS: 2015 Einbruch der Exporte und des privaten Konsums

In den GUS-Ländern Osteuropas werden der Erdölpreisverfall und der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine 2015 einen Wachstumseinbruch auslösen. Das wiw prognostiziert für das gesamte Jahr 2015 eine Verschlechterung der Nachfragekomponenten Außenhandelsaldo und privater Konsum gegenüber 2014 (Abbildung 4). Insbesondere die vom Krieg zerrüttete Wirtschaft der Ukraine wird 2015 um über 10% schrumpfen. Nach massiven Abwertungen wurde im April 2015 mit einer Jahresinflationsrate von über 60% der Zustand der Hyperinflation erreicht. Die daraus folgende Erosion der Haushaltseinkommen und des privaten Konsums sind in erster Linie für den BIP-Einbruch bestimmend. Auch in Russland ließ ein durch die Abwertung aus-

gelöster Inflationsschub die Haushaltsnachfrage substantiell sinken. Neben dem niedrigen Erdölpreis und der angespannten politischen Situation trugen auch die Sanktionen der EU und der USA dazu bei, das Investitionsklima nachhaltig zu schädigen. In den ersten Monaten 2015 brachen die ausländischen Direktinvestitionen ein. Das WiWi erwartet deshalb auch für Russland einen verstärkten Rückgang des Wachstumsbeitrages der Bruttoanlageinvestitionen. Bisher hatte der Wachstumseinbruch in den GUS-Ländern nur geringe Effekte auf benachbarte Volkswirtschaften in der EU. Gerade die baltischen Länder sind weniger betroffen als erwartet, zumal ein Teil der Handelsströme mit Russland auf alternative Märkte umgeleitet wurde. Der österreichische Bankensektor ist in Russland und der Ukraine vergleichsweise stark vertreten (2014 rund 6% des österreichischen BIP); unter den gegebenen Unsicherheiten könnten hier weitere Abschreibungen erforderlich sein.

7. Investitionen des Unternehmenssektors in den EU-Ländern erlahmt

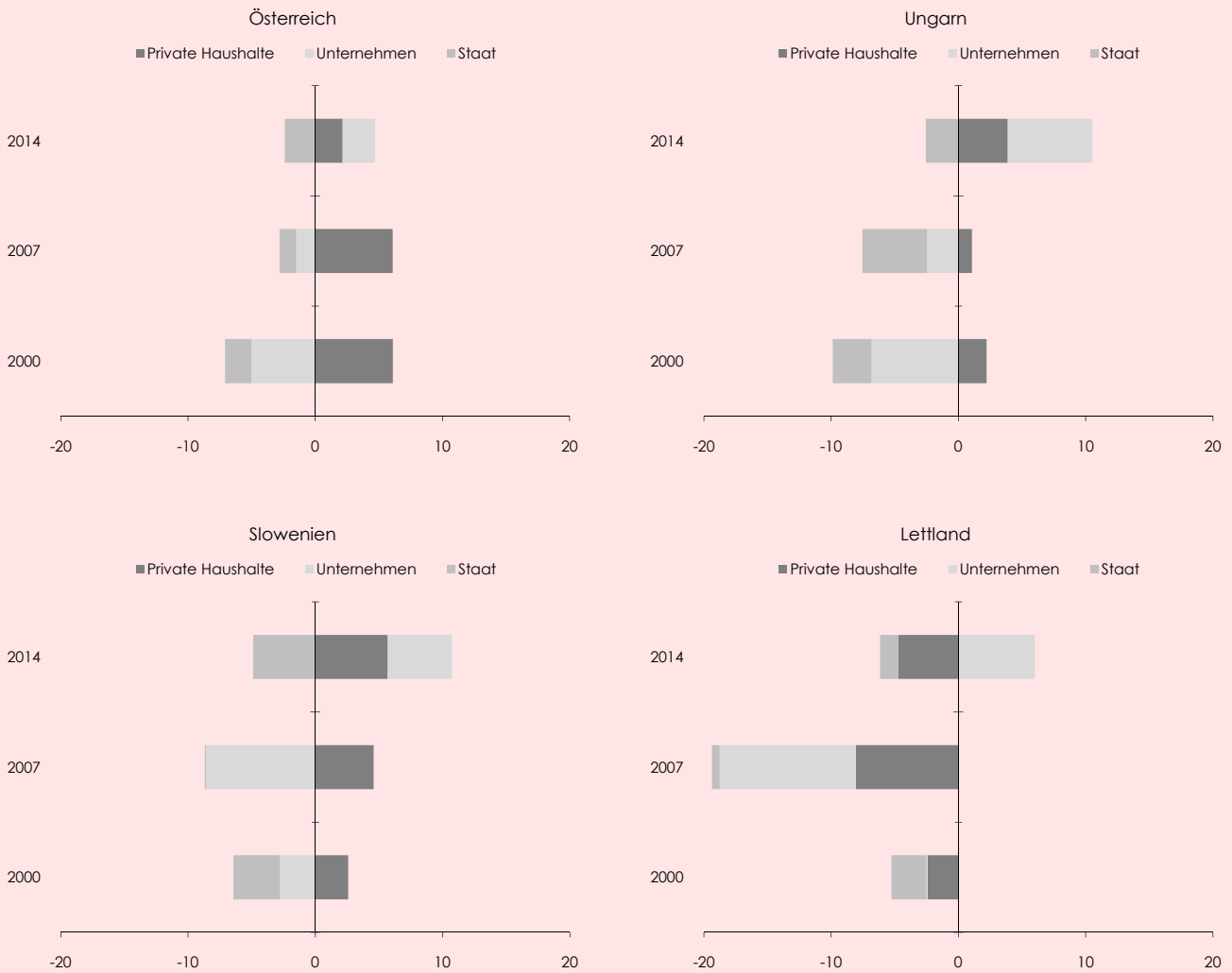
Europaweit ist das Wirtschaftsklima noch immer von einer Vielzahl von Unsicherheiten getrübt, angesichts derer der Unternehmenssektor in fast allen EU-Ländern in den Jahren nach Ausbruch der weltweiten Finanzmarktkrise dazu übergegangen ist, zu sparen statt zu investieren. Abbildung 5 zeigt vier charakteristische Fälle für die Phase der "Normalität" (2000), die Periode der "Spekulationsblase" (2007) und die gegenwärtige Zeit der "Notlage" (2014). Im Falle Österreichs ist im Jahr 2000 das erwünschte Verhalten der ökonomischen Akteure abzulesen: Die Ersparnisse (Nettoausleihungen) der privaten Haushalte wurden von den Unternehmen und vom Staat aufgenommen (Nettokreditaufnahmen) und vollständig z. B. in Maschinen und Infrastruktur investiert. Die Position des externen Sektors war 2000 weitgehend ausgeglichen. In der Periode "Spekulationsblase" 2007 gingen Unternehmen und Staat in Österreich interessanterweise per Saldo keine nennenswerte Verschuldung ein. Das übertriebene Sparen der Haushalte begünstigte allerdings die Entwicklung eines Außenhandelsüberschusses. Dieser blieb auch 2014 erhalten; überdies sparte 2014 auch der Unternehmenssektor mehr als er investierte. Ein Teil dieser überschüssigen Ersparnisse wurde vom Staatssektor absorbiert. Hätte der Staat ebenso zu sparen begonnen, wäre wohl mit einer Rezession zu rechnen gewesen.

In Ungarn verschuldete sich in der Zeit der Spekulationsblase neben dem Unternehmenssektor vor allem der Staatssektor massiv. Die außerordentlich erhöhte Verschuldung wird nun in einem Deleveraging-Prozess durch verstärktes Sparen von Haushalten und Unternehmen und externe Überschüsse abgebaut. Investitionen des Unternehmenssektors in Produktionskapazitäten werden hintangehalten. In Slowenien verschuldete sich in der Periode "Spekulationsblase" der öffentliche Sektor gar nicht, der Unternehmenssektor aber umso mehr. Ein Teil der Verschuldung war durch eine Reihe von fragwürdigen Management-Buy-outs begünstigt. Das nachfolgende Deleveraging-Muster war auch in Slowenien zu beobachten: Das erhöhte Sparen der Unternehmen wurde vom externen Sektor und vom Staatssektor absorbiert. Eine geringere öffentliche Nettokreditaufnahme hätte einen weiteren Rückgang des BIP zur Folge gehabt. In Lettland schließlich trat um das Jahr 2007 in allen Sektoren eine Blase auf, insbesondere die privaten Haushalte und die Unternehmen verschuldeten sich massiv. 2014 wurden die starken Nettoausleihungen des Unternehmenssektors durch weitere Nettokreditaufnahmen der Haushalte und des Staates aufgefangen.

Eine Rückkehr zur "Normalität" ist in ganz Europa dringend notwendig, um die Unternehmen zu Investitionen zu motivieren. Dies kann einerseits durch Entschuldungsmaßnahmen insbesondere des Bankensektors geschehen und andererseits durch Konjunkturprogramme des öffentlichen Sektors, die die Konsumnachfrage und in Folge die Investitionen insbesondere jener Unternehmen anregen, die über große ungenutzte Bargeldreserven verfügen. Ein positiver Nebeneffekt wäre auch der Abbau der in den letzten Jahren – vor allem in einigen mitteleuropäischen Volkswirtschaften – aufgebauten großen Außenhandelsüberschüsse.

Abbildung 5: Nettoausleihungen und Nettokreditaufnahmen der Sektoren private Haushalte, Unternehmen und Staat

In % des BIP



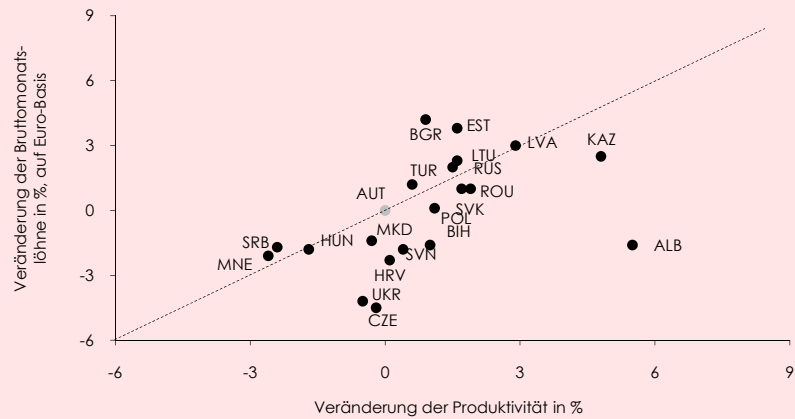
Q: AMECO.

8. Produktivitätssteigerung bei teils kräftigem Lohnwachstum in den MOSOEL gefährdet Österreichs Wettbewerbsposition kaum

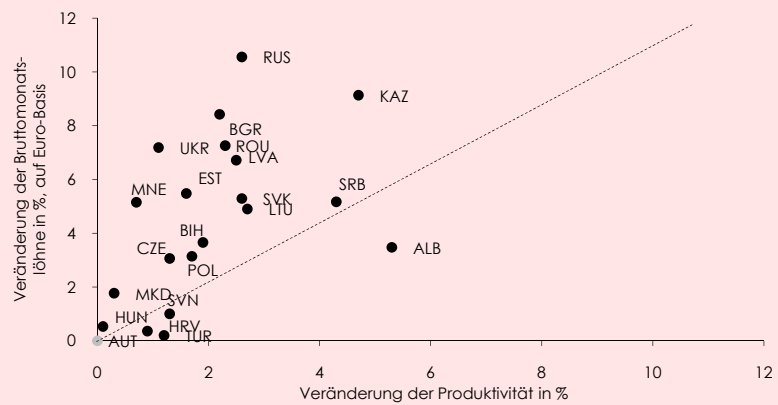
Österreich weist weitgehend konstante Nettoausleihungen gegenüber dem Ausland (und entsprechende Außenhandelsüberschüsse) von 1,5% bis 4% des BIP auf (laut AMECO-Daten). Wieweit diese auch künftig bestehen werden, hängt u. a. von der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft ab. Die Unternehmen in den MOSOEL gelten hier als potentielle Konkurrenten. Eine Analyse der kurz- bis mittelfristigen Lohnentwicklung (nominell, auf Euro-Basis) und Produktivitätsentwicklung (real) der MOSOEL in Relation zu Österreich ergibt kein klares Bild (Abbildung 6). Einige Länder der Region verzeichneten im Durchschnitt der Jahre 2012/2014 bei gleicher Lohnentwicklung wie Österreich eine relative Produktivitätssteigerung (z. B. Polen), in anderen (wie z. B. Tschechien) sank bei gleicher Produktivitätsentwicklung das Lohnniveau relativ zu Österreich. In einigen Ländern (z. B. Bulgarien) trafen ein stärkeres Lohnwachstum und eine stärkere Produktivitätssteigerung zusammen. Wenige Mitbewerber (wie z. B. Serbien) wiesen in den letzten drei Jahren sowohl einen relativen Rückgang der Löhne als auch der Produktivität auf. Häufig sind diese Entwicklungen von kurzfristigen Konjunkturschwankungen bestimmt.

Abbildung 6: Relation zwischen der Entwicklung der Löhne und des Produktivitätswachstums

Durchschnitt 2012/2014



Durchschnitt 2005/2014



Q: wiiw-Jahresdatenbank, AMECO, Eurostat.

Längerfristig (2005/2014; Abbildung 6) stieg die Produktivität zwar in fast allen MOSOEL im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses stärker als in Österreich, zugleich war aber auch das Bruttolohnwachstum auf Euro-Basis um ein Vielfaches höher. Sollte sich dieser Trend längerfristig fortsetzen, dann wird die österreichische Wirtschaft ihre Wettbewerbsposition gegenüber den MOSOEL wahren können. Zugleich werden die neuen EU-Länder, deren Wirtschaft auch künftig um rund 1,5 Prozentpunkte rascher wachsen wird als der Durchschnitt des Euro-Raumes, ein wichtiger Absatzmarkt für österreichische Güter und Dienstleistungen bleiben.